

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, S. -Kakao- u. Kekelwaren-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Es erscheint jeden Donnerstag 1917  
Redaktionsbüro Montag morgen 10 Uhr.

Interaktionspreis pro dreizehnpaltene Postzelle 50 Pfg., für die Zustellstellen 30 Pfg.

## Das dauernde Nachtbrotverbot und die Regelung des Lehrlingswesens sind für die deutsche Bäckerei das Gebot der Stunde!

### Bäcker und Konditoren!

Noch einmal rufen wir Euch auf zu einer geschlossenen, machtvollen Kundgebung allerorten! Ihr sollt dadurch bezeugen, daß Ihr über der schweren Zeit dieses Krieges das Wohl und Wehe Eures erlernten Berufes und damit Eurer eigenen Zukunft nicht vergessen habt, daß es Euch am Herzen liegt und daß Ihr deshalb fordert, Eure Stimme endlich zu hören! Alle Bäcker und Konditoren, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, haben für die durch den Krieg bedingten Lasten ganz gewiß großes Verständnis bewiesen und haben die ungeheuren Opfer, die gerade unserm Gewerbe auferlegt wurden, bisher willig ertragen. Gauden doch unsere Berufsangehörigen in ihrer Gesamtheit immer wieder einen Trost in der Tatsache, daß der deutschen Bäckerei der Fluch der Nachtarbeit genommen war, und daß sie die Hoffnung hegen durften, für alle Zeiten von diesem Fluche befreit zu sein.

Den in der Front kämpfenden, den in den Etappen und in der Heimat schwer und in ewiger Sorge schaffenden Berufskollegen hellte sich der Blick, wenn sie der Zukunft dachten. Und sie forderten vom Gesetzgeber, daß er ihnen über diese Zukunft Gewißheit gebe!... Aber diese Forderung stellen sie nun schon zwei lange Jahre, und die Regierung, die anfänglich ohne weiteres bereit schien, dem einmütigen Willen der deutschen Bäckerei entgegenzukommen, und die bereits im September 1915 einer Sachverständigenkommission einen vollständigen Gesetzentwurf vorlegte, der in seinen hauptsächlichsten Punkten die Zustimmung fast aller Beteiligten fand — diese Regierung, die seit jener Zeit in wiederholten Eingaben von der Gesamtgehilfenschaft aufgefordert wurde, den Gesetzentwurf zur weiteren Behandlung zu stellen — diese Regierung, die auch durch die Kommissionen und das Plenum des Reichstages mehrfach um Berücksichtigung unserer Wünsche ersucht worden ist — diese Regierung hüllt sich nun noch immer in ein anscheinend undurchdringbares Schweigen!

Wo bleibt also die gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse für die Bäcker — wo bleibt das dauernde Nachtbrotverbot? Wo liegen die Hindernisse? Die „Soziale Praxis, Anhalt für Volkswohlfahrt“ konnte vor kurzem behaupten:

„Wir wissen bestimmt, daß ein von den zuständigen preussischen Stellen ausgearbeiteter Gesetzentwurf seit längerer Zeit vorliegt. Es wird darin ein allgemeines Verbot der Nachtarbeit ausgesprochen; für Großbetriebe, die mit achtstündigen Schichten arbeiten, wird die Nachtarbeit auf acht Stunden beschränkt, so daß in zwei Nachtschichten gearbeitet werden kann.“

Es kann also nicht anders sein, als schon seit langem vermutet wird: Es sind einzelne Stellen vorhanden, die den Weg dieses Gesetzes hindern wollen, die sich unterfangen, im Interesse einer glücklicherweise nur noch ganz kleinen Gruppe von Unternehmern den Geldauspross rücksichtslos höherzustellen als die Gesundheit der Bäckereiarbeiter!

Dagegen muß noch einmal mit aller Schärfe Protest eingelegt und nunmehr die schleunige Vorlage des Gesetzentwurfes verlangt werden! Kollegen! Stellt diese Forderung jetzt überall in Versammlungen, zu denen Ihr alle noch im Lande beständigen Berufsangehörigen, Meister wie Gesellen, einladet, und legt ihnen die nachstehende Entschlieung vor, der alle freudig zustimmen werden!

„Die heute Versammelten erklären, daß sie von der Reichsregierung erwarten, daß das wiederholt in Aussicht gestellte dauernde Nachtbrotverbot baldigst erlassen oder ein endgültiger Entwurf den gesetzgebenden Körperschaften nunmehr zur schleunigen Verabschiedung zugeht,

weil es ein dringendes Erfordernis ist, daß sowohl die Groß- als auch die Mittel- und Kleinbetriebe sich schon jetzt auf die Friedenswirtschaft einrichten und ihre ganze Betriebsführung auf die dauernde Beseitigung der Nachtarbeit einstellen können;

weil die Bäckereiarbeiter, zu denen jetzt wieder Tausende älterer Berufskollegen gekommen sind, die früher von der Bäckerei abgetrieben wurden, da sie sich infolge der dauernden Nachtarbeit keine Familie gründen konnten, wissen wollen und das Recht haben, es nun halb zu erfahren, ob sie nach dem Kriege wieder zu einem Berufswechsel gezwungen werden sollen;

weil die Bäckereiarbeiter nicht gewillt sind, sich allen, von jedem einschüchternden Sozialpolitiker und von jedem Arzte ohne weiteres zugegebenen schweren Schädigungen der Gesundheit wieder aussetzen. Sie haben den Unterschied zwischen Tag- und Nachtarbeit kennengelernt und wollen deshalb die für das Gewerbe durchaus nicht notwendige Nachtarbeit unter keinen Umständen wieder auf sich nehmen.“

Die im Lande schaffenden Bäckereiarbeiter wissen sich in ihrem Verlangen nach dem schleunigen Erlaß eines dauernden Nachtbrotverbotes aber auch einig mit der heute für das Vaterland kämpfenden Berufsgenossen. Sie erinnern daran, daß eine Abstimmung im Felde über das Nachtbrotverbot das Ergebnis hatte, daß 11.150 Gehilfen und 3226 Meister, zusammen 14.376, ihre Meinung kundgaben, daß von diesen nur 88 gegen ein dauerndes Nachtbrotverbot stimmten, und nur 167 dagegen waren, daß ein solches Verbot so fort kommen sollte.

Die Bäckereiarbeiter wissen aber auch, daß unter den Meistern und Unternehmern heute auf der ganzen Linie jeder Widerspruch gegen das Nachtbrotverbot verstummt und nur noch über Einzelheiten einige Meinungsverschiedenheiten zulage treten.

Wenn die Arbeitsproduktivität der Angehörigen des Bäckerberufes aufrechterhalten werden soll, ist es nur recht und billig, daß man dem Gewerbe auch so bald als möglich zeigt, wie seine Zukunft sich gestalten!

Und in diesen Versammlungen muß gleichzeitig die ganze gegenwärtige Lage der Bäckerei und ihre Lage, wie sie sich nach dem Kriege gestalten wird, besprochen werden! Dabei wird man zu der weiteren Forderung kommen, daß eine Regelung des Lehrlingswesens unbedingt eintreten muß, wenn nicht nach dem Kriege Zehntausende der Berufskollegen dauernd aus unserm Betriebsstätten ausgeperrt sein wollen! Leider hat der Vorstand des Innungsverbandes „Germania“ sich noch nicht bereitfinden lassen, der Frage näherzutreten, um durch eine allgemeine Regelung über das Reich für die nächste Zeit eine Beschränkung der Einstellung von Lehrlingen einzuleiten. Die Zahl der Lehrlinge ist im Kriege ganz erschreckend vermehrt worden, und es erhebt sich die dringende Frage, wo nach dem Kriege die zurückströmenden Arbeitskräfte untergebracht werden sollen, zumal durch die Schließung und Zusammenlegung der Betriebe sogar deren Zahl auch für später einen Rückgang erfährt. Diesen Tatsachen werden sich auch die Innungen nicht auf die Dauer verschließen können, und deshalb muß jetzt in diesen Versammlungen die Forderung mit erhoben werden: Eine planvolle Beschränkung der Lehrlingszahl durch Herabsetzung der Einschreibungen ist so schnell wie möglich im Interesse des Gesamtberufes durchzuführen. Diese Forderung ist gleichfalls in einer Entschlieung zusammengefaßt; sie hat folgenden Wortlaut:

„Die heutige Versammlung der Bäckermeister und Bäcker- und Konditorgehilfen hat zu der Erscheinung Stellung genommen, daß im letzten Kriegsjahr die Zahl der Lehrlinge in unserm Gewerbe in einer Weise angewachsen ist, daß sie in keinerlei gesundem Verhältnis mehr zur Zahl der noch vorhandenen Bäckereien, noch weniger aber zur Zahl der heute noch beschäftigten Gehilfen steht.“

Zu 740 Verbandsorten, über welche sich die Erhebung erstreckt, gab es bei Kriegsausbruch 26.919 Bäckereien mit 33.650 Bäckern, 2.553 Konditorgehilfen, 14.873 Lehrlingen; jetzt gibt es dagegen in diesen Städten 17.484 Bäckereien mit 10.849 Bäckern, 1.35 Konditorgehilfen, 16.196 Lehrlingen.

Auch in unserer engeren Heimat ist die Lehrlingszahl in ganz erschreckendem Maße gewachsen. — Es ist wohl zu verstehen, daß der zeitweise Mangel an Gehilfen viele Meister veranlaßt hat, Lehrlinge einzustellen; aber wohin soll das in der Zukunft führen, zumal, da bei der heutigen Produktionsweise die Lehrlinge nur halb lernen!

Der Vorstand des Germaniaverbandes verkennt in seiner Antwort an unsere Organisationsleitung auch nicht die Gefahren, hält es aber für unmöglich, jetzt schon auf unsere Vorschläge einzugehen, die Zahl der anzunehmenden Lehrlinge zu beschränken.

Deshalb appellieren wir an die Vorstände der hiesigen Innung und an diejenigen der Nachbarstädte, mit uns gemeinsam gegen eine zu große Ueberfüllung unseres Gewerbes mit Lehrlingen vorzugehen und eruchen die Innungen, ihrerseits Beschlüsse zu fassen und den einzelnen Meistern dringend zu empfehlen, in der Annahme neuer Lehrlinge größte Beschränkung walten zu lassen.

Unsere Meister müssen genau so wie wir das größte Interesse daran haben, daß nach dem Kriege die vielen Zehntausende von zurückkehrenden Gehilfen und solchen Meistern, die durch die Kriegsmassnahmen ihre Geschäfte verliaren haben, wieder Stellung im Berufe finden können. Deshalb erwarten wir größtes Entgegenkommen in dieser Frage.“

Kollegen! Bringt also den letzten Mann in diese Versammlungen, und wir sind überzeugt, ebenso wie für die Entschlieung in der Nachtarbeitsfrage wird auch jeder für die zur Lehrlingsfrage stimmen. Es gilt zu zeigen, daß alle Berufsangehörigen in diesen Fragen einig sind, und daß sie nicht ruhen und rasten werden, bis zum Besten des ganzen Gewerbes ihre Forderungen erfüllt sind!



Die vorgeschlagene Resolution wurde gegen die Stimmen der Schweizer angenommen.

Zu dieser Frage gab Genosse Bergien am Schluß folgende Erklärung ab:

Die Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands erklären, daß ihre Weigerung, heute einer Überlegung zuzustimmen, nicht so aufgefaßt werden dürfe, daß sie unter allen Umständen den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Deutschland behalten wollen.

Es wurde dann nachstehende Resolution zum Beschluß erhoben:

Die Gewerkschaftskonferenz erwartet von den Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder, daß zur Festsetzung des sozialpolitischen Teiles der Friedensvereinbarungen nach Vertretung der Gewerkschaften jedes Landes zugezogen werden.

Die Konferenz beschloß einstimmig, an die italienischen und französischen Gewerkschaften folgendes Telegramm abzusenden:

Sämtliche Delegierten der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern senden den Genossen der französischen und italienischen Landeszentralen ihren herzlichsten Gruß.

Die vielen Versuche vom Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, wie sie im Laufe der Kriegsjahre unternommen wurden, um die bestehenden tiefen Gegensätze zwischen den Vertretern des gewerkschaftlich organisierten Proletariats zu überbrücken, müssen durch das Verhalten der Engländer auch jetzt noch als gescheitert gelten.

Für den Baumaft war die Lage unverändert. Gebaut wird eigentlich nur für Heereszwecke.

Die Nachweisungen der Krankenkassen an das Reichsarbeitsblatt ergaben für die am 1. September dieses Jahres in Beschäftigung stehenden Mitglieder dem 1. August gegenüber insgesamt eine Zunahme um 33.841, oder um 0,44 vom Hundert, gegenüber einer Abnahme der Beschäftigtenzahl um 0,14 v. H. bei der letzten Feststellung.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände über die Beschäftigung im August läßt für Westpreußen, Schlesien, Berlin-Brandenburg, für die Thüringischen Staaten, Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Ostpreußen, Posen und Baden im allgemeinen keine wesentliche Veränderung erkennen.

In Württemberg hat die Zahl der Arbeitssuchenden zugenommen; in Westfalen trat ein Rückgang in der Zahl der Arbeitssuchenden ein. Von den Arbeitsnachweisverbänden wurden im August 1983 Arbeitssuchende gebucht, denen 1941 offene Stellen gegenüberstanden.

Die Zahlen in der folgenden Tabelle und die Berichte der Arbeitsnachweisverbände. So meldete die Zentralauskunftsstelle für den Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Schwerin patentes Abblauen der Beschäftigung in der Schokoladenindustrie; Bayern berichtet von einem erheblichen Ueberangebot von Häkern und Konditoren, und aus der Provinz Sachsen werden Entlassungen und Arbeitslosigkeit gemeldet.

Die sich die Vermittlungstätigkeit in den einzelnen Gebieten gestaltete, zeigt folgende Tabelle:

Table with 5 columns: Landesgebiete, Arbeitssuchenden, offenen Stellen, belegten Stellen, Auf jebe offene Stelle einstellbare Arbeitssuchende. Rows include Provinz Ostpreußen, Westpreußen, Berlin-Brandenburg, Provinz Pommern, etc.

Der größte Andrang Arbeitssuchender war danach — relativ betrachtet — im Rheinland und in Bayern. Ueber dem Gesamtdurchschnitt stehen außer diesen beiden Gebieten Westpreußen, Berlin, Schleswig-Holstein, Königreich Sachsen und Hamburg.

Bei 4 Ortskrankenkassen für Bäder waren am 1. September 1452 männliche und 1360 weibliche Mitglieder angemeldet. Gegen den Vormonat trat eine Abnahme ein von 2,35 pZt. bei den männlichen und 3 pZt. bei den weiblichen Mitgliedern.

22. deutscher Ortskrankenkassenkongress

K. Dresden, 19. September 1917. Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen hielt in den Tagen des 17., 18. und 19. September dieses Jahres seit Ausbruch des Krieges — der letzte Verbandstag fand Mitte Juli 1914 in Darmstadt statt — wieder einmal eine Tagung ab, die von circa 600 Delegierten besucht war.

Dr. Krausmann, auf der Tagung anwesend war und dort den ersten Vortrag hielt. Er sprach über die Aufgabenstellung der Krankenkassen in Zukunft und mehr als jeher Mittel zur Bekämpfung der Volksfeinde Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Trunksucht zur Verfügung stellen.

Unter dem Tagesordnungspunkt: Die Fürsorgeorganisationen und die Krankenkassen wurden drei Vorträge gehalten, und zwar sprach Oberarzt Dr. Kott, Berlin, über: Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, der als eigentliche Träger dieser Fürsorge die Kommunen bezeichnet, nicht zusetzen, sondern in die Krankenkassen einbeziehen.

Aus der Diskussion sind die wichtigsten Grundsätze Frankfurt hervorgehoben, der sehr richtig betonte, daß man, wenn man praktische Säuglings- und Mutterfürsorge treiben wolle, für Beseitigung des Nahrungsmittelmangels sorgen müsse.

Bei dem Punkt: Aenderung der Reichsversicherungsordnung bringen die Referenten, Justizrat Mauer, Frankfurt, und Rechtsanwalt Dr. Baum, Berlin, eine Reihe von Wünschen der Krankenkassen vor. Sie fordern Herabsetzung der Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht auf M. 4000.

Im der am zweiten Tage einjehenden Diskussion über die Materie über die Aenderungen der Reichsversicherungsordnung hielt Kunde, Hamburg, eine Aenderung des Wahlrechts zu den Versicherungsbehörden für notwendig.

Die Arztfrage stand auch diesmal wiederum im Mittelpunkt der Verhandlung, und zwar behandelte die in erschöpfender Weise Herr Geschäftsführer Lehmann, Dresden, der betonte, daß die wirtschaftlichen Ziele des Leipziger Arztverbandes mit den Grundlagen der Krankenkassenversicherung unvereinbar seien.

Die Ärztefrage stand auch diesmal wiederum im Mittelpunkt der Verhandlung, und zwar behandelte die in erschöpfender Weise Herr Geschäftsführer Lehmann, Dresden, der betonte, daß die wirtschaftlichen Ziele des Leipziger Arztverbandes mit den Grundlagen der Krankenkassenversicherung unvereinbar seien.

Sodann befaßte sich die Versammlung mit der Arzneiverwaltung der Krankenkassen, wobei man sich gegen die Preistreiberinnen auf den Arzneimittelmarkt, die die Krankenkassen in fühlbarer Weise belasten, wandte.

Die Frage der Ruhegehaltsversicherung deutscher Krankenkassen wurde lebhaft erörtert und schließlich ein Antrag angenommen, der den Vorstand des Hauptverbandes beauftragt, gemeinsam mit den übrigen bereinigten Krankenkassenhauptverbänden die Vorarbeiten für die Errichtung einer deutschen Ruhegehaltsversicherung zu fortzusetzen.

Zur Arbeitslage.

Der siebenunddreißigste Kriegsmonat brachte in unserer wirtschaftlichen Lage nur geringe Veränderungen. Die Anforderungen des Heeres und der Marine sind so groß, daß die für die Kriegswirtschaft arbeitenden Industrien auf das lebhafteste beschäftigt sind.

Die Scheibenform des galizischen Brotes läßt sich vielleicht durch jüdischen Einfluß erklären. In dessen braucht man nicht einmal zu dieser Annahme zu greifen, da die runde oder annähernd runde Scheibenform eines brotartigen Nahrungsmittels sich in den verschiedensten Teilen der Welt findet.

Die Scheibenform des galizischen Brotes läßt sich vielleicht durch jüdischen Einfluß erklären. In dessen braucht man nicht einmal zu dieser Annahme zu greifen, da die runde oder annähernd runde Scheibenform eines brotartigen Nahrungsmittels sich in den verschiedensten Teilen der Welt findet.

Es ist schon der Geschichte des osteuropäischen Brotes für den Deutschen Gaumen nicht angenehm, so kann die Eßlust völlig schwinden, wenn man Dinge erlebt, wie sie einem jungen preussischen Leutnant zu Beginn des 19. Jahrhunderts zustießen, der mit seiner Truppe zur Niederwerfung des polnischen Aufstandes aufgeboten war.

Es ist schon der Geschichte des osteuropäischen Brotes für den Deutschen Gaumen nicht angenehm, so kann die Eßlust völlig schwinden, wenn man Dinge erlebt, wie sie einem jungen preussischen Leutnant zu Beginn des 19. Jahrhunderts zustießen, der mit seiner Truppe zur Niederwerfung des polnischen Aufstandes aufgeboten war.

Die Frage der Ruhegehaltsversicherung deutscher Krankenkassen wurde lebhaft erörtert und schließlich ein Antrag angenommen, der den Vorstand des Hauptverbandes beauftragt, gemeinsam mit den übrigen bereinigten Krankenkassenhauptverbänden die Vorarbeiten für die Errichtung einer deutschen Ruhegehaltsversicherung zu fortzusetzen.

Nachdem noch verschiedene Aenderungen der Verhandlungssache und der Geschäftsbedingungen angenommen worden waren, fand die Verhandlung des Beschlusses statt, die die Wiederwahl des Herrn ...

Die nächste Mitgliederversammlung findet im Herbst statt. Der dritte Verhandlungstag zu dem vornehmlich die Vorstehenden und geschäftsführenden Angestellten eingeladen waren, beschäftigte sich mit Verwaltungs- und Rechtsfragen.

# Verbandsnachrichten.

## Quittung.

Vom 1. bis 6. Oktober gingen bei der Hauptkassa des Verbandes folgende Beträge ein: Für August: Regensburg M. 100.00, ...

## Aus den Bezirken.

Frankfurt. Die Waise des Kaisers ist Carl ... Johann ...

## Kriegsverluste des Verbandes.

Beim Regensburg meist als gefallener: ...

## Schließungen und Streiks.

### Wälder.

Schließungen in Wäldern. Die meisten schon im ...

### Kontrollkassen.

#### Wälder.

Beim ...

die Zusammenlegung der Betriebe, die ...

Königsberg i. Pr. Die unter Mitwirkung der ...

Meerane. Am 5. Oktober fand eine allgemeine ...

Blauen i. Bogel. In der Mitgliederversammlung ...

## Sozialpolitisches.

Ein Resolutionsentwurf der Kriegsbetroffenen an den Reichstag ...

## Allgemeines Handels.

Die englische Einfuhr von Lebensmitteln. Laut ...

	Nach Hamburg	Nach Berlin	Nach ...
März	15 545	13 100	132 487
April	186 950	17 648	203 327
Mai	55 581	36 396	124 149
Juni	75 942	74 441	44 245
Juli	45 833	?	28 779

Die Einfuhr wird jetzt aber an besondere Bedingungen ...

lassen ist von nun ab die Einfuhr von Speck, Butter, Schinken ...

Die große Ausfuhr von Milchprodukten aus Norwegen ...

## Literarisches.

Von der 'Neuen Zeit' ist soeben das 26. Heft vom 2. Band ...

**Spätkens am 13. Oktober**  
ist der 42. Wochenbeitrag für 1917  
(14. bis 20. Oktober) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. Sonntag, 21. Oktober.

## Anzeigen.

### Dankagung.

Für die erwiesene herzliche Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres ungeliebten Jungen ...

Nürnberg Bäckerei- und Konditorgehilfen decken Ihren Bedarf am besten bei Hans Vertaus, ...

Kontrollkassen National. Schedendrucker gesucht gegen bar. Offerten unter J. E. 5125 an die Exped. d. Ztg.

'Kuchenreutisch' bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Liebing & Co., G. m. b. H., Leipzig.